



Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

ÖGfE-Umfrage: Ja zur Solidarität mit Griechenland, um Schlimmeres zu verhindern Österreicher wollen keine nationalen Alleingänge, sondern gemeinsames Handeln auf EU-Ebene

Obwohl es weh tut – eine Mehrheit der Österreicher ist der Meinung, dass unser Land mit Griechenland Solidarität zeigen muss. Dies ist das Hauptergebnis einer aktuellen Umfrage, die von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Auftrag gegeben wurde. Ebenso wird deutlich, dass die Österreicher die politischen Verantwortungsträger in die Pflicht nehmen setzen auf gemeinsam erarbeitete Lösungen auf europäischer Ebene setzen.

Konkret sind es 60 Prozent der Befragten, die sich dafür aussprechen, Solidarität zu zeigen und Griechenland nicht „hängen zu lassen.“ Begründet wird dies u. a. damit, dass es „noch viel schlimmere Folgen für uns hätte, wenn Griechenland Bankrott gehen würde“ (58 Prozent stimmen dieser Aussage zu).

Europa muss Signale setzen, um Vertrauen wiederzugewinnen

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass Europa klare Signale zur Lösung der Schuldenkrise in einigen EU-Mitgliedsländern setzen muss, denn bislang bekommt das EU-Krisenmanagement keine guten Zensuren. Auch das Vertrauen in den Euro ist in den vergangenen Monaten zurückgegangen.

55 Prozent fürchten, dass der Euro durch die Schuldenkrise in Portugal, Griechenland und Irland in Gefahr ist. 38 Prozent sind nicht dieser Meinung.

47 Prozent der Befragten geben an, „sehr großes bzw. großes Vertrauen“ in den Euro zu haben. 18 Prozent haben „sehr geringes bzw. gar kein Vertrauen“.

Was das EU-Krisenmanagement anlangt, so bewerteten dies 12 Prozent mit den Schulnoten 1 und 2. 34 Prozent geben den Mitgliedstaaten für ihre Performance jedoch mit die Schulnoten 4 und 5.

Gerade jetzt: Nicht weniger, sondern mehr Europa gewünscht

Dessen ungeachtet sind sich die Österreicher in einem Punkt überwiegend einig: Gemeinsames Handeln ist Erfolg versprechender als nationale Einzelmaßnahmen:

Entgegen mancher Behauptungen wollen die Österreicher nicht weniger, sondern mehr Europa, um die anstehenden Herausforderungen zu lösen. Nationale Alleingänge werden von den Österreichern als nicht zielführend erachtet.

Dies betrifft:

- AKW-Stresstests: 78 Prozent sind für eigene europäische Aufsichtsbehörde
- Gesundheitspolitik – Stichwort EHEC-Virus: 84 Prozent sind für stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsländer
- Bewältigung weltweiter Herausforderungen: 75 Prozent für gemeinsames Vorgehen (bei Wirtschaftskrisen, Terrorismus, Zuwanderung, Umweltkatastrophen)
- Stellung Europas im globalen Wettbewerb: 75 Prozent für möglichst enge Zusammenarbeit

Quelle: Telefonumfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der ÖGfE (N=1000). Befragt wurden bisher österreichweit 621 Personen.